

Sprachpolitik und Sprachpflege in Deutschland

Unscharfe Konturen

GASTAUTOR:
GERHARD STICKEL

Die Frage nach einer nationalen Sprachpolitik trifft bei den meisten Deutschen, einschließlich mancher Politiker, auf Unkenntnis oder Verlegenheit. In der Tat muss ein Bericht über deutsche Sprachpolitik und Sprachpflege mit einer Mängelfeststellung beginnen. Vergleicht man die europäischen Länder nach dem Ausmaß staatlicher Einflussnahme auf die nationalen sprachlichen Gegebenheiten, ist Deutschland zu den Ländern zu rechnen, in denen sich der Staat nur wenig um die eigenen sprachlichen Verhältnisse kümmert. Noch geringer ist die staatliche Einflussnahme auf die Landessprache allenfalls noch in Großbritannien. In Ländern wie etwa Frankreich, Spanien oder Polen dagegen gibt es bekanntlich explizite Sprachgesetze und einflussreiche staatliche Sprachinstitutionen. Die deutsche Verfassung, das Grundgesetz, enthält jedoch anders als etwa die österreichische Verfassung keine Bestimmung, mit der die deutsche Sprache als National- oder Staatssprache bestimmt wird. Von Juristen wird lediglich eine indirekte Festlegung darin gesehen, dass das Grundgesetz wie auch alle anderen deutschen Gesetze auf Deutsch verfasst

und nur in dieser Sprache gültig ist. Rechtsgültige Übersetzungen des Grundgesetzes gibt es nicht. Ausdrücklich vorgeschrieben wird der Gebrauch von Deutsch als Gerichtssprache und als Sprache der Bundes- und Landesbehörden nur in einigen „kleineren“ Gesetzen.

In Deutschland existiert keine zentrale Sprachbehörde oder eine Sprachakademie, nicht einmal ein zentrales Ministerium, das für den Sprachunterricht in den Schulen zuständig sein könnte. Stattdessen ist die Zuständigkeit für die Schulen auf die Kultusministerien der 16 Bundesländer verteilt. Diese 16 Ministerien suchen sich laufend in einer rechtlich lockeren Arbeitsgemeinschaft, der Kultusministerkonferenz (KMK), über prinzipielle Fragen des Unterrichts in den Schulen abzustimmen. Die einzige zentrale normative Sprachinstanz ist erst vor einigen Jahren eingerichtet worden, und zwar für einen eher marginalen Sprachbereich, die Rechtschreibung. Dieser Rat für deutsche Recht-

Der Gruß „Willkommen“ fehlt, obwohl Deutsch zu den meistgebrauchten Sprachen Europas zählt.



schreibung ist auch die einzige Institution, in der die deutschsprachigen Staaten und Regionen in geregelter Weise zusammenarbeiten. Dieser Rat umfasst 40 Mitglieder aus den sechs deutschsprachigen Staaten und Regionen: neben dem Vorsitzenden 18 aus Deutschland, je neun aus Österreich und der Schweiz und je einen aus Liechtenstein, der Provinz Bozen-Tirol und der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Die sprachliche Außenpolitik Deutschlands war lange Zeit sehr zurückhaltend in der Nutzung und Propagierung von Deutsch im internationalen Verkehr. Neuerdings richtet sie sich verstärkt auf den Gebrauch von Deutsch als dritter Arbeitssprache nach Englisch und Französisch bei den Organen und Behörden der Europäischen Union. Sie stützt sich dabei vor allem auf das Argument, dass Deutsch mit rund 100 Millionen Sprechern in Europa die bei Weitem sprecherstärkste Sprache der Union ist. Jeder fünfte EU-Bürger hat Deutsch als Erst- oder Zweitsprache. Hinzu kommt, dass Deutsch in vielen europäischen Ländern nach Englisch am meisten als Fremdsprache gelernt wird. Das Problem der Anzahl und Auswahl der Arbeitssprachen der EU wird sich aber zurzeit wohl nicht im Konsens lösen lassen, zumindest nicht auf Dauer. Da jedoch der Sprachgebrauch in den Institutionen der Europäischen Union eine gewisse Symbol- und Vorbildfunktion für Sprachenlernen und Sprachgebrauch in den Mitgliedsländern der Union hat, sollte auch aus deutscher Sicht gelten: Zweisprachigkeit ist noch keine echte Mehrsprachigkeit. Die fängt erst bei drei Sprachen an.

WER PFLEGT DIE DEUTSCHE SPRACHE?

Zurück aber zu den Verhältnissen in Deutschland. Anstelle staatlicher Instanzen gibt es neben den germanistischen Forschungs- und Lehrinrichtungen an den Universitäten mehrere staatlich geförderte und private Institutionen, die sich die Erforschung, Pflege und/oder Verbreitung der deutschen Sprache zur Aufgabe gemacht haben. Zentrale Forschungseinrichtung für die Landessprache ist das Institut für Deutsche Sprache, das IDS in Mannheim. Es ist keine staatliche Anstalt, wird aber überwiegend vom Staat finanziert. Seine Aufgabe ist nicht Normierung, sondern empirische wissenschaftliche Beschreibung des heutigen Deutsch und seiner neueren Geschichte. Vertreter dieses Instituts nehmen freilich auch an der öffentlichen Diskus-

sion aktueller sprachlicher Themen teil. Das Institut beherbergt zudem den schon erwähnten Rat für deutsche Rechtschreibung.

Die Verbreitung der deutschen Sprache besonders im anderssprachigen Ausland ist eine der beiden Hauptaufgaben des Goethe-Instituts mit seinen Zweigstellen in über 100 Ländern. Mit sei- ►

DER AUTOR



Gerhard Stickel, geboren 1937, studierte Germanistik, Anglistik und Allgemeine Linguistik in Freiburg im Breisgau, Bonn und an der Wesleyan University, Connecticut/USA. Von 1964 bis 1969 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Rechenzentrum in Darmstadt und als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Kiel. 1970 promovierte er in Allgemeinen Sprachwissenschaften, Germanistik und Anglistik. Als DAAD-Lektor verbrachte er von 1970 bis 1973 drei Jahre an der „Literatur-Fakultät“ der Kyushu-Universität in Fukuoka in Japan.

Von 1973 an war er am Institut für Deutsche Sprache (IDS) in Mannheim beschäftigt. Seit 1985 arbeitete er als Honorarprofessor an der Universität Mannheim. Von 1976 bis 2002 war Gerhard Stickel Direktor im Vorstand des IDS. Im Oktober 2002 ging er in den „Ruhestand“, arbeitete aber weiterhin im IDS im Bereich Sprachpolitik und nahm eine Lehr- und Prüfungstätigkeit für die Universität Mannheim wahr. Gerhard Stickel war Mitglied des Forschungsrats der Universität Mannheim, des Beirats Germanistik des DAAD sowie des Präsidiums der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL).

Seit 2001 ist er Mitglied des Beirats „Sprache“ des Goethe-Instituts und seit 2003 Präsident der Europäischen Föderation Nationaler Sprachinstitutionen/European Federation of National Institutions for Language (EFNIL) sowie des Deutschen Sprachrats. 2001 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz verliehen. Gastprofessuren und Forschungsaufenthalte brachten ihn beispielsweise an Universitäten in Poona/Indien, Stanford/USA, Tianjin und Peking/China, Taipeh/Taiwan sowie Benares und Jaipur/Indien.

Der hier abgedruckte Text ist ein Vortrag, gehalten auf der Internationalen Konferenz „Lingua e Poder – Estrategias Linguísticas Nacionais na Europa / Sprache und Macht – Nationale Sprachstrategien in Europa“ am 9. November 2006 in Lissabon.

Der Deutsche Sprachrat sieht es als seine Aufgabe an, das Sprachbewusstsein in Deutschland und die Stellung der deutschen Sprache im Ausland zu fördern. Mit diesem Bemühen steht der Sprachrat noch am Anfang.

nen Unterrichtsmaterialien und Lehrmethoden übt es unausweichlich auch normative Wirkungen auf das Deutsche als Fremdsprache aus. An der Verbreitung des Deutschen im Ausland ist auch der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) über sein Lektorenprogramm und den Austausch von Germanisten beteiligt. Die Sprachpflege im Sinne von Sprachberatung und praktischer Sprachkritik vor allem im Inland gehört zu den Aktivitäten der Gesellschaft für deutsche Sprache. Diese vier genannten staatlich geförderten Institutionen – Institut für Deutsche Sprache, Goethe-Institut, DAAD und Gesellschaft für deutsche Sprache – arbeiten im Deutschen Sprachrat zusammen, der vor vier Jahren gegründet wurde. Er sieht es als seine Aufgabe an, das Sprachbewusstsein in Deutschland und die Stellung der deutschen Sprache im Ausland zu fördern. Mit diesem Bemühen steht der Sprachrat noch am Anfang, zumal er, anders als etwa die Sprachräte in den Nordischen und Baltischen Staaten, bisher keine offizielle Beratungsfunktion für die Politik hat. Staatlich gefördert wird auch die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, eine Vereinigung von Schriftstellern, Literaten und einigen Sprachwissenschaftlern. Sie veranstaltet Tagungen zu literarischen und gelegentlich auch sprachlichen Themen und vergibt Preise an hervorragende Schriftsteller, Literaturkritiker und Übersetzer. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die deutschsprachige Literatur. Diese Akademie ist gemeinsam mit dem Institut für Deutsche Sprache in der Europäischen Föderation nationaler Sprachinstitutionen (EFNIL) vertreten. Über dieses europäische Netzwerk von Sprachakademien und Sprachinstituten der EU-Staaten später noch ein paar Bemerkungen.

Von den privaten Sprachvereinen in Deutschland ohne staatliche Förderung ist schon wegen seiner Größe vor allem der Verein Deutsche Sprache zu nennen. Er wurde erst vor wenigen Jahren gegründet, verfügt inzwischen aber nach eigenen Angaben schon über rund 30.000 Mitglieder. Er hält die Arbeit der bisher genannten Einrichtungen für unzureichend und konzentriert seine Aktivitäten vor allem auf den Kampf gegen die Anglizismen im Deutschen. Hierzu hat er wiederholt auch gesetzliche Bestimmungen zum Schutz der deutschen Sprache gefordert. Ebenfalls zu erwähnen sind private Verlage, die für die deutsche Sprachkultur eine wichtige Rolle spielen, darunter besonders der Dudenverlag, der von vielen Deutschen als eine Art normativer Instanz für die deutsche Sprache angesehen wird. Die Sprachvereine haben bisher zum Deutschen Sprachrat keine Verbindung. Der Dudenverlag und andere Verlage unterstützen aber einzelne Aktionen des Deutschen Sprachrats.

Institutionen und Organisationen, die sich in unterschiedlicher Weise um die deutsche Sprache

kümmern, gibt es also in bemerkenswerter Vielfalt. Leider bestehen bisher nur recht lockere Verbindungen zwischen den staatlichen Stellen, den staatlich finanzierten und den rein privaten Einrichtungen. Wegen des deutschen Kulturföderalismus ist zudem die gesamtstaatliche Sprachpolitik bisher nur unscharf konturiert.

Das Fehlen zentraler staatlicher Sprachinstitutionen in Deutschland ist aus der Geschichte erklärbar, der weiter zurückliegenden wie auch der neueren. Anders als Länder wie Frankreich oder Spanien, die sich relativ früh auch über ihre Sprachen, genauer: eine ihrer Sprachen, als Nationalstaaten definiert haben (*une nation – une langue*), sind die heutigen deutschsprachigen Länder nicht über ihre Sprache zu ihrer Staatlichkeit gelangt. Es gab zwar schon Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl deutschsprachiger Intellektueller, das sich bis Mitte des 19. Jahrhunderts verstärkte, jedoch den Königen und Fürsten der damaligen vielen deutschen Lande ziemlich gleichgültig war. Die Versuche, aus einer Art Sprachnation einen gemeinsamen Staat zu machen, sind dann auch nicht gelungen. Im 20. Jahrhundert dauerte die gewaltsame Vereinigung des Deutschen Reichs mit Österreich durch die Nazis nur sieben Jahre. Und bald darauf wurde Deutschland in zwei Staaten geteilt und blieb dies 40 Jahre lang.

KRIEGSFOLGEN FÜR DIE DEUTSCHE SPRACHE

In den ersten Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde, weitgehend beschränkt auf Intellektuellenkreise in Westdeutschland, die Frage diskutiert, ob nicht die deutsche Sprache an den Verbrechen der Nazizeit mitschuldig geworden sei. Diese linguistisch abwegige Auffassung trug dazu bei, dass manche deutsche Wissenschaftler, Künstler und Politiker im Kontakt mit anderssprachigen Menschen nur sehr zurückhaltend von ihrer eigenen Sprache Gebrauch machten, wenn überhaupt. Seit den 50er-Jahren wurde immer wieder auch öffentlich diskutiert, ob die Teilung Deutschlands in zwei Staaten auch zu einer Teilung der Sprache führen könne oder vielleicht schon dazu geführt habe, zumal in den beiden Staaten unterschiedliche politische und wirtschaftliche Verhältnisse herrschten. Zu den erfreulichen Erfahrungen nach dem Fall der Mauer 1989 gehörte, dass sich die Menschen beider Staaten trotz 40-jähriger Trennung bei unmittelbaren Begegnungen anscheinend mühelos verständigen konnten. Diese sprachoptimistische Einstellung schwächte sich dann bald wieder ab in dem Maße, in dem die wirtschaftlichen Probleme deutlich wurden, welche die staatliche Vereinigung besonders in Ostdeutschland zur Fol-



Die deutsche Rechtschreibung

DUDEN

Die deutsche Rechtschreibung

Das umfassende Standardwerk
auf der Grundlage
der neuen amtlichen Regeln

Rund 130 000 Stichwörter mit über
500 000 Beispielen, Bedeutungs-
erklärungen und Angaben zu Wort-
trennung, Aussprache, Grammatik,
Stilebenen und Etymologie

Jetzt in Halle 2.0 Stand C 19

Riesigen Einfluss auf die deutsche Sprache hat der Duden. Er wird als normative Instanz gesehen.

ge hatte. An der Geltung des Deutschen als Standardsprache in ganz Deutschland gibt es jedoch keinerlei Zweifel mehr. Bis Anfang der 90er-Jahre des vorigen Jahrhunderts etwa waren jedoch Sprachen, einschließlich der eigenen, noch kein bevorzugtes Thema öffentlicher Diskussion in Deutschland. Noch vor neun Jahren ergab eine Repräsentativumfrage, dass mehr als die Hälfte aller erwachsenen Deutschen an sprachlichen Fragen wenig oder gar nicht interessiert waren.

Dies hat sich inzwischen geändert. Das öffentliche Interesse an Sprachkritik und einer verstärkten Pflege und Kultivierung der eigenen Sprache nimmt seit einigen Jahren zu. Zu einer allgemeinen Sensibilisierung für die eigene Sprache hat besonders die Neuregelung der deutschen Rechtschreibung beigetragen, die Rechtschreibreform. Die öffentliche Auseinandersetzung über die Änderung einiger weniger orthografischer Details hatte in den vergangenen zehn Jahren zeitweise Eigenschaften eines kulturellen Bürgerkrieges. In unserem thematischen Zusammenhang will ich aber auf die Rechtschreibreform und die Diskussion darüber nicht weiter eingehen. Ich erwähne sie hier nur als symptomatisch für das zunehmende Interesse der Deutschen an der eigenen Sprache, für den Widerstand vieler Menschen gegen Änderungen der Sprache, auch wenn diese Änderungen nur einen Teil der grafischen Sprachoberfläche betreffen. Vermehrt erscheinen neuerdings sprachkritische Bücher und Zeitungsartikel, so auch im Spiegel, dem auflagestärksten politischen Magazin, der Aufma-

cher mit dem provokanten Titel „Rettet dem Deutsch“. Symptomatisch ist auch der Erfolg populärer sprachkritischer Bücher wie die drei Bände mit dem Titel „Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod“, deren Autor Sebastian Sick mittlerweile wie ein Popsänger in Sporthallen und Konzertsälen auftritt. Beliebt sind auch Fernsehsendungen, in denen Politiker, Künstler und Wissenschaftler um die Wette Diktate schreiben und Fragen zur deutschen Grammatik beantworten.

Verstärkt hat sich das allgemeine Interesse an der eigenen Sprache mit einiger Verzögerung auch durch die erhebliche Zunahme an Sprachkontakten bedingt durch wirtschaftliche Internationalisierung, Prozesse der europäischen Vereinigung, Arbeitsmigration, wissenschaftlichen und kulturellen Austausch und – für die meisten Menschen – den grenzüberschreitenden Tourismus. Die Begegnung mit anderen Sprachen, die den allermeisten Menschen im Inneren des relativ großen deutschen Sprachgebiets bis in das 20. Jahrhundert kaum oder gar nicht möglich war – ich sehe dabei von dem meist unverstandenen Kirchenlatein ab –, haben gerade in der Nachkriegszeit rapide zugenommen und dabei auch das Bewusstsein für die eigene Sprache verstärkt. Angesichts der kommunikativen Internationalisierung durch Fernsehen und Internet, die in zunehmendem Maße auch fremdsprachliche Elemente in die eigene Umgebung transportiert, verstärken und erweitern sich auch die Bedürfnisse, die eigene Sprache vor Fremdem zu bewahren. Sprachpurismus, der vom 17. bis 19. ►

Jahrhundert auf eine Bildungselite beschränkt war und sich vor allem gegen das Französische und die Romanismen richtete, hat heutzutage eine breite soziale Basis und wendet sich – wie in manch anderen europäischen Ländern – besonders gegen die Anglizismen in der eigenen Sprache. Symptomatisch ist hierfür der große Zulauf zu dem schon erwähnten Verein Deutsche Sprache.

Von der Allgemeinheit noch weniger beachtet und diskutiert als die Rechtschreibreform und die leidigen Anglizismen ist eine Entwicklung, von der das Deutsche wie alle anderen kontinentaleuropäischen Sprachen betroffen wird. Es ist der zunehmende sprachliche Domänenverlust, das heißt, der Wechsel vom Deutschen zum Englischen in mehreren wichtigen Kommunikationsbereichen. Deutsche Naturwissenschaftler, Mediziner und ein Teil der Sozialwissenschaftler publizieren ihre wissenschaftlichen Arbeiten überwiegend oder gar ausschließlich auf Englisch und verwenden Englisch als Konferenz- und Diskussionssprache selbst bei Veranstaltungen in Deutschland. Oft ist es nur eine reduzierte Varietät des Englischen, die man scherzhaft auch BSE (Bad Simple English), Globish oder MacLanguage nennt. An einigen Universitäten wird in einzelnen Fächern, besonders den Wirtschaftswissenschaften, auch ein Teil der Lehrveranstaltungen auf Englisch angeboten. Mehrere international operierende deutsche Wirtschaftsunternehmen wie Siemens, DaimlerChrysler und Bertelsmann haben Englisch als Firmensprache auch für ihre deutschen Mitarbeiter eingeführt. Gegen die Verwendung von Englisch als Hilfssprache für den internationalen Verkehr ist nichts einzuwenden. Das Problem ist die Ausschließlichkeit seiner Verwendung in mehreren kommunikativen Domänen, weil dies dazu führen kann, dass die deutsche Sprache in diesen Bereichen nicht mehr weiterentwickelt wird und dies längerfristig zu einer Diglossie führen kann, in der in wichtigen Lebensbereichen nur noch Englisch oder BSE verwendet wird und Deutsch auf private Lebensbereiche der drei Fs reduziert wird: Familie, Freunde und Folklore.

Deutsche Naturwissenschaftler, Mediziner und ein Teil der Sozialwissenschaftler verwenden Englisch als Konferenz- und Diskussionssprache selbst bei Veranstaltungen in Deutschland. Oft ist es nur eine reduzierte Varietät des Englischen, die man scherzhaft auch BSE (Bad Simple English), Globish oder MacLanguage nennt.

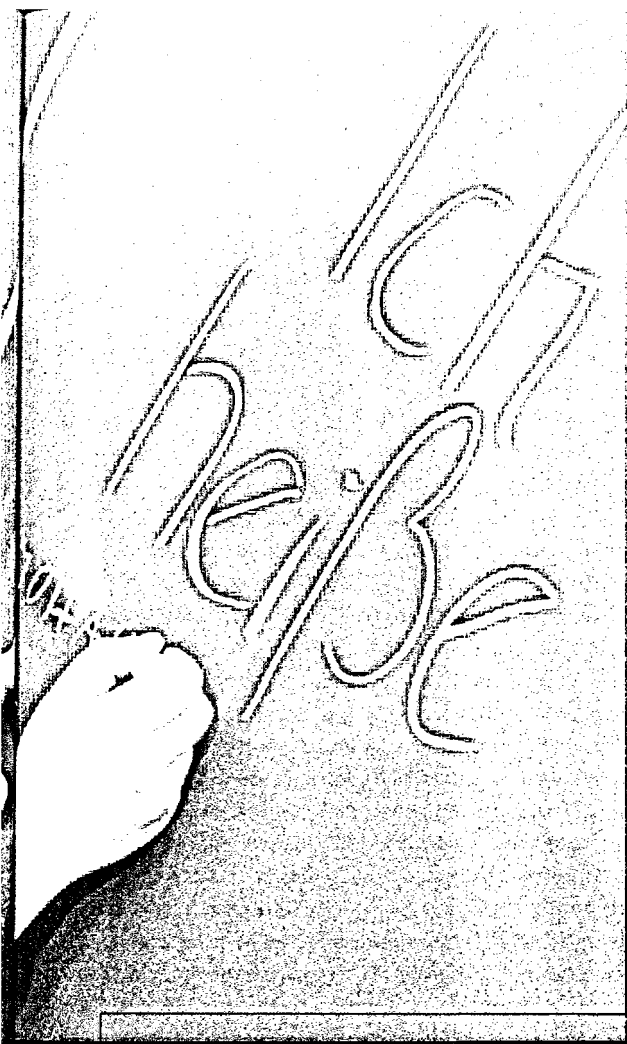
ENGLISCH BEKOMMT IN SCHULEN ÜBERGEWICHT

Diese Tendenz wird verstärkt durch neuere Entwicklungen im Bereich des Fremdsprachenlernens. Der Fremdsprachenunterricht begann in Deutschland bis vor einigen Jahren erst in der Sekundarschule. Erfreulich ist, dass nun mehr und mehr auch der Primarbereich einbezogen wird. Weniger erfreulich ist, dass der Fremdsprachenunterricht zunehmend auf Englisch reduziert wird. Während die Gymnasien, das heißt die Sekundarschulen, traditionell ein breites Angebot von Sprachen haben, von Altgriechisch und Latein über Franzö-



sisch, Englisch, manchmal auch Hebräisch, Spanisch, Italienisch, in Ostdeutschland früher auch Russisch, bekommt nun Englisch neben dem Deutschen ein deutliches Übergewicht gegenüber allen anderen Fremdsprachen, falls diese überhaupt noch gelehrt und gelernt werden. Ein zunehmendes Übergewicht hat der Englischunterricht auch in außerschulischen Bereichen. Diese Entwicklung ist auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten, seit längerem schon in den Nordischen Ländern und den Niederlanden, neuerdings auch etwa in Italien und Spanien.

Von den Organen der Europäischen Union wird diese Entwicklung mittlerweile glücklicherweise erkannt. Der kulturelle Reichtum Europas beruht nun einmal ganz wesentlich auf der sprachlichen Vielfalt unseres Kontinents. Der Erhaltung und Weiterentwicklung dieser reichen Vielfalt soll bekanntlich das oft sogenannte 1+2-Sprachen-Prinzip (Muttersprache plus zwei weitere Sprachen) dienen, welches 2002 in Barcelona von den Staats- und Regierungschefs der Staaten der Union als Ziel für den Sprachunterricht in ihren Ländern verabredet worden ist. Dieses Ziel wird inzwischen auch von der schon erwähnten Europäischen Föderation der nationalen Sprachinstitutionen EFNIL propagiert. Deutlich wird dies besonders in der vor Kurzem in allen 20 offiziellen EU-Sprachen erschienenen „Brüsseler Erklärung“ von EFNIL. Das Barcelona-Prinzip findet also auch Unterstützung bei den nationalen Sprachakademien und Sprachinstitutionen, die sich bis vor wenigen Jahren nur um ihre eigenen Sprachen gekümmert haben.



Der Deutsch- wie auch der Fremdsprachenunterricht sollte in allen Schularten intensiviert werden.

Die deutsche Sprachpolitik wird sich intensiver als bisher auch mit dieser Forderung zu befassen haben, wobei die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung in Deutschland sich wegen der zerstreuten Zuständigkeiten nicht leicht koordinieren und organisieren lässt. Ich bin kein Politiker, kenne mich aber in der deutschen sprachpolitischen Szene ein wenig aus. Deshalb fällt es mir leicht, für die deutsche Sprachpolitik und Sprachpflege folgende aktuelle Aufgaben zu nennen:

1. Deutschunterricht und Fremdsprachenunterricht müssen in allen Schularten intensiviert werden, wobei der Deutschunterricht mit dem in anderen Sprachen besser abzustimmen ist als bisher.
2. Das Angebot an Sprachunterricht im außerschulischen Bereich, und zwar gerade auch für Erwachsene, ist zu verstärken.
3. Die Bedingungen für eine raschere sprachliche Integration von Zuwanderern und Migranten sind zu verbessern.
4. Die sprachliche Innenpolitik Deutschlands sollte sich stärker als bisher an europäischen Bedürfnissen orientieren, u.a. an dem Ziel 1+2 Sprachen möglichst für alle Deutschen.
5. Die Kooperation deutscher Sprachpolitiker, Linguisten und Pädagogen mit Experten aus anderen europäischen Ländern bei der Bearbeitung gemeinsamer und analoger Probleme sollte in-

tensiviert werden. Europäische Netzwerke wie EFNIL bieten hierzu geeignete fachliche Foren.

6. Eine besonders auf die deutsche Sprache bezogene Aufgabe ist die Erweiterung der sprachpolitischen Zusammenarbeit zwischen den deutschsprachigen Staaten und Regionen. Die Kooperation sollte auf jeden Fall über die Abstimmung von orthografischen Regeln hinausgehen.

Abschließend noch eine Anmerkung zu der Umsetzung des Barcelona-Prinzips 1+2 Sprachen. Eines der Probleme, die mit der Realisierung dieses so einfach scheinenden Lernziels verbunden sind, ist in Deutschland wie in anderen Staaten die Wahl und Reihenfolge der zwei Fremdsprachen, die zusätzlich zur Erstsprache gelehrt und gelernt werden sollen. Zumeist wird Englisch als erste Fremdsprache angeboten und gelernt; dies vor allem dann, wenn Eltern der Schüler in die Auswahl einbezogen sind. Mit einigen meiner Fachkollegen plädiere ich entschieden dafür, möglichst nicht mit Englisch als erster Fremdsprache zu beginnen. Und das ist kein Plädoyer gegen Englisch, sondern für die sprachliche Vielfalt Europas und für mehrsprachige Europäer. Der Vorteil von Englisch, sein praktischer Nutzen, ist gleichzeitig auch sein sprachpädagogischer Nachteil. Die Erfahrung nämlich, dass man schon mit einem bisschen Englisch sehr viele nützliche Dinge tun kann, wird viele Lernende am Weiterlernen hindern, ihnen vor allem die Motivation für das Erlernen einer weiteren Fremdsprache nehmen. In vielen Fällen führt das Lehren und Lernen von Englisch als erster Fremdsprache nicht zu der erhofften Dreisprachigkeit, sondern bloß zu einer Anderthalbsprachigkeit: bei deutschen Lernern zu Deutsch mit einem bisschen Englisch. Im Interesse an einer echten Dreisprachigkeit möglichst vieler Europäer, sollte deshalb als erste Fremdsprache eine andere europäische Sprache gelernt werden. Naheliegender wäre die Sprache eines Nachbarlandes. Englisch könnte danach als zweite oder auch dritte Fremdsprache hinzukommen.

Die vorherrschende Tendenz in Deutschland und anderen Staaten der Union ist zurzeit leider anders. Statt zur Beherrschung von 1+2 Sprachen führt sie in vielen Fällen nur zu 1+1 Sprachen (Muttersprache und Englisch), in anderen gar nur zu 1+1/2 Sprachen. Ich rechne deshalb mit dem Verständnis der Leser, wenn ich auch diese Gelegenheit nutze, um für vermehrten Fremdsprachenunterricht zu werben, einschließlich Englisch, aber nicht als erster Fremdsprache. Wie sich leicht argumentieren ließe, dient dies nicht nur den anderen Sprachen, sondern auch der eigenen, in unserem Fall der deutschen Sprache. ■

In vielen Fällen führt das Lehren und Lernen von Englisch als erster Fremdsprache nicht zu der erhofften Dreisprachigkeit, sondern bloß zu einer Anderthalbsprachigkeit: bei deutschen Lernern zu Deutsch mit einem bisschen Englisch.